

Sehr geehrter Herr Teufel,
sehr geehrte Frau Harms,
sehr geehrter Herr Triebe,

auf die Frage nach meinen rentenpolitischen Zielen als Bundestagskandidatin von Bündnis 90/Die Grünen darf ich Ihnen wie folgt antworten:

Frage 1: Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Aus meiner Sicht wird die Legitimität und Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung nur dann gewahrt, wenn langjährig Versicherten keine Armut droht und wenn sich eigene Beiträge tatsächlich lohnen. Letzteres gilt für kleine, mittlere und hohe Einkommen gleichermaßen. Denn nur wem trotz langjähriger Beitragszahlung im Rentenalter keine Sozialhilfe droht oder wem die Möglichkeit eröffnet wird, den Lebensstandard jenseits der Armutsgrenze zu sichern, wird der gesetzlichen Sozialversicherung langfristig Vertrauen schenken. Wir von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN setzen daher auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau und einer Garantierente. Das heutige Rentenniveau sollte nicht weiter fallen, Rentenniveau und Beitragssatz müssen aber in einem angemessenen Verhältnis bleiben, damit auch die junge Generation weiter Vertrauen in die Rentenversicherung hat. Wir schlagen ein Bündel von Maßnahmen vor, das sich sowohl günstig auf den Beitragssatz wie auch das Rentenniveau und Versorgung im Alter auswirken würde. Unser Parteitagbeschluss 2016 dazu:

https://bdk.antragsgruen.de/40/Wir_investieren_in_Gerechtigkeit-38726

Die Rentenkommission der Grünen hat sich dem Thema des Sicherungsniveaus in der gesetzlichen Rente gesondert gewidmet. Den Abschlussbericht können Sie hier nachlesen:
https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf

Frage 2: Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Dass Menschen im Alter ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können, ist für mich eine zentrale Frage der Gerechtigkeit. Fair bezahlte und gute Beschäftigung erleichtert auch die Vorsorge für das Alter. Besonders Frauen, Ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Personen wollen wir GRÜNE so absichern, dass sie im Alter gut leben können. Ihnen einen besseren Zugang zu Erwerbsarbeit zu ermöglichen, mit einem Einkommen, das zum Leben reicht, ist für uns vordringlich. Wer aus rein medizinischen Gründen eine Erwerbsminderungsrente bezieht, darf nicht durch Abschlüsse bestraft werden. Zudem muss die Grundsicherung im Alter auf einen Betrag angehoben werden, der Teilhabe tatsächlich möglich macht.

Wir setzen uns dafür ein, dass Beschäftigte den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente nach ihren eigenen Bedürfnissen gestalten können. Außerdem wollen wir, dass die Leistungen für jene

verbessert werden, die aus gesundheitlicher Gründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden **müssen**.

Eine Anhebung des Rentenniveaus allein kann nicht alle zuverlässig vor Altersarmut schützen, insbesondere nicht diejenigen, die niedrige Einkommen oder brüchige Erwerbsbiographien haben. Um diese besser zu schützen, wollen wir eine Garantierente einführen und mehr Personen in den Schutz der Sozialversicherungen einbeziehen. Die von uns vorgeschlagene Garantierente würde derzeit rund 900 € betragen und könnte das Existenzminimum in der Regel sichern.

Die Einzelheiten unseres Konzeptes finden Sie hier:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713493.pdf>

Frage 3: [Erwerbstätigenversicherung](#): Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Soziale Sicherungssysteme müssen verlässlich, solidarisch und gerecht gestaltet werden. Deswegen setze ich mich für die Einführung einer Bürgerversicherung in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung ein, in die alle Bürgerinnen und Bürger unter der Berücksichtigung aller Einkunftsarten einbezogen werden. So sind sie gut abgesichert und versorgt und können sich entsprechend ihrer Einkommen an der Finanzierung beteiligen.

Frage 4: [Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken](#): Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Die Einnahmesituation der Rentenkasse muss nachhaltig verbessert werden. Hierfür sind mehrere Maßnahmen notwendig. So muss sich z.B. der Bund mit Steuermitteln stärker als bisher an den sogenannten versicherungsfremden Leistungen der Rentenkasse beteiligen. Es kann nicht sein, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mütterrente oder die Rentenangleichung einseitig zulasten der gesetzlichen Rentenversicherung gehen. Bei den Förderbeiträgen der Rentenversicherung sollen zu jeder Zeit freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Säule entrichtet werden können.

Frage 5: [Rentenpolitische Fehler korrigieren](#): Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- zu West-Renten?

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns dafür ein, die Riester-Rente grundlegend zu reformieren und ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einzuführen, das als öffentlich verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Vorsorgeangebote treten soll. Die öffentliche Förderung der privaten Altersvorsorge hat sich in der Vergangenheit zulasten der Geringverdienenden ausgewirkt. Bei den Erwerbsminderungsrenten sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf und fordern die Abschaffung der Abschläge, sofern der Zugang zur EM-Rente aus rein medizinischen Gründen erfolgte. Die Zwangsverrentung lehnen wir komplett ab. Wir wollen

sofort eine vollständige Vereinheitlichung den Renten zwischen Ost und West.

Mit freundlichen Grüßen

Margarete Bause

Bundestagskandidatin für Bündnis 90/Die Grünen

Wahlkreis München-Ost

Margarete Bause, MdL

Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag

Maximilianeum

81627 München

Telefon 089/4126-2659

Fax 089/ 4126-1494

Email margarete.bause@gruene-fraktion-bayern.de